

Antrag zur Sitzung am 22.10.18: Gemeinsam für Demokratie an der HU

Antragstellende: Liste unabhängiger Studierender im StuPa der HU Berlin

Kontakt: liste.lust@gmx.de

Antragstext

Das StuPa möge beschließen:

Das Studierendenparlament der HU Berlin stellt sich vereint hinter die Fachschaftsinitiativen, Fachschaftsräte und den Referent_innenRat und unterstützt sie in ihrer Position, als demokratisch legitimierte Organe die Studierendenschaft in den Fakultäten und Instituten sowie auf der zentralen Ebene zu vertreten. Es verurteilt die Anfragen der Fraktionen der AfD, CDU und FDP im Abgeordnetenhaus bezüglich der Studierendenschaften der Berliner Hochschulen als Überschreitung ihrer Zuständigkeiten und Angriff auf demokratische Strukturen. Es verweigert sich ausdrücklich, solch einer Politik Hilfe zu leisten und fordert die Senatsverwaltung sowie die Universitätsleitung der HU Berlin auf, etwaige Schritte in die Richtung einer Übermittlung von Namen ehemaliger oder aktueller Mitglieder der Studierendenschaft zu unterlassen. Für Rechenschaft nach innen und außen, die Einhaltung der Gesetze und die Festlegung der Geschäftsordnung steht das Studierendenparlament selbst ein, so wie das Berliner Hochschulgesetz und die Satzung der Studierendenschaft es vorsehen. Daher stärkt das Studierendenparlament den Referent_innenRat in seinen Bemühungen, unberechtigte Einmischungen durch die Rechtsabteilung der HU Berlin in die Geschäfte der Studierendenschaft abzuwehren. Es fordert weiterhin die Universitätsleitung dringend auf, nicht ohne haltbare Gründe und den vereinbarten Dialog die lang bewährten und einvernehmlichen Verfahren, wie sie in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Universitätsleitung und RefRat festgeschrieben wurden, in Frage zu stellen, um nicht unnötigerweise das Wohl der gesamten Universität zu gefährden. Das Studierendenparlament lobt das kontinuierliche Engagement aller Aktiven in den Gremien der Universität, den Fachschaften und dem RefRat einschließlich seiner Angestellten. Das Studierendenparlament bekennt sich zur Demokratie und fordert alle Studierenden dazu auf, sich gegen Diskriminierung und soziale Ausgrenzung einzusetzen und dies gemäß der Präambel der Satzung im täglichen Umgang miteinander zu üben.

Mit der Veröffentlichung des Beschlusses wird die Antrag stellende Liste beauftragt.

Begründung

Als Liste unabhängiger Studierender, die wir selbst seit langer Zeit an vielen Stellen und mit großer Überzeugung mitwirken, sind wir von den Vorgängen in den letzten Monaten erschüttert und haben das Bedürfnis, Stellung zu beziehen. Da die bekannt gewordenen Äußerungen verschiedener Medien sowie die teils als juristische Verfahren verpackten Kommentare der Universitätsleitung über die Verfahren unserer Organe bis hin zum Anzweifeln von Beschlüssen des StuPa uns als gesamte Studierendenschaft treffen, sollten wir auf der Ebene des Parlaments eine Antwort formulieren und hoffen, mit diesem Vorschlag Zustimmung zu finden.

Dabei wollen wir auf die folgenden Punkte und Verfahren reagieren. Zum Nachlesen und Nachvollziehen der ausführlichen Argumentationen verweisen wir auf die verschiedenen

Veröffentlichungen des RefRat zum Thema, den wir hier auch klar zuständig sehen. Hier erwähnen wir nur kurz, warum wir als StuPa dazu eine Haltung einnehmen sollten.

1. Vorwürfe der Intransparenz und nicht nachvollziehbarer Verwendung von Geldern

Abgesehen von einem Transparenzbegriff, der in seiner Pauschalität eher in die Physik gehört, sehen wir für die Berichterstattung über und Kontrolle der Geschäfte der Studierendenschaft in RefRat und Fachschaften keine dubiosen Online-Medien, nicht das Abgeordnetenhaus von Berlin und auch nicht die Universitätsleitung zuständig und schulden diesen daher keine besondere Rechenschaft, die über die etablierten Prüfverfahren hinausgehen. Die Verfahren und die Finanzaufsicht der Universität gegenüber der Studierendenschaft sind gesetzlich geregelt und werden eingehalten, indem wir im StuPa darüber diskutieren und beschließen. Selbst wenn wir als Listen nicht immer einer Meinung sind, ist es unsere Angelegenheit als Parlament. Falls es Handlungsbedarf geben sollte, stellen wir ihn selbst fest und haben bereits als StuPa einen Auftrag zur Überprüfung von Verfahren formuliert. Es wäre nicht transparent, Listen von Namen ehemaliger und aktueller Aktiver in der Studierendenschaft über das vorhandene Maß hinaus zu veröffentlichen oder für die Weitergabe zusammenzustellen, sondern Einschüchterung. Falls die Herren der benannten Parteien im Abgeordnetenhaus noch Fragen haben, laden wir sie herzlich zu einer Sitzung des StuPa ein, und müssen ihnen ansonsten unterstellen, Verdächtigungen gegen die Regierungsparteien in Berlin auf unserem Rücken auszutragen. Es gibt nun mal einen Unterschied zwischen bezahlten Parlaments- und Regierungsmitgliedern im Abgeordnetenhaus und Ehrenamtlichen im RefRat, und daraus resultiert ein Unterschied in dem Maß des gerechtfertigten Interesses der Öffentlichkeit.

2. Einmischung der Rechtsabteilung in Abläufe der Studierendenschaft

Wie bekannt geworden ist, hat die Rechtsabteilung der HU mehrere Verfahren gegen die Studierendenschaft eingeleitet, die sie teils noch nicht einmal an die richtigen Zuständigen zustellen konnte. Es geht neben dem Übergehen eines Statusgruppenvetos im Akademischen Senat und dem Versuch, Namenslisten zu erklagen, um die Aufhebung des Beschlusses zur Quotierung der Redeliste, den wir als StuPa mehrheitlich gefasst haben, und eine Aufforderung zur Änderung unserer Satzung, so dass darin deutlicher werden soll, dass wir prüfen, welche Menschen wir in den RefRat wählen. Diese beiden Themen sind unsere eigenen Angelegenheit als StuPa und die Universität hat keine Befugnis, darin einzugreifen, außer im Verfahren der Rechtsaufsicht. Es gibt hier keinen Anlass.

3. Zweifel an der Verwaltungsvereinbarung

Hierzu hat das Fako-Referat bereits informiert. Es spielt keine Rolle, ob das an den RefRat versandte Papier ein Versehen zu früher Herausgabe war oder nicht, denn darin wurde erstens die Legitimität von Fachschaftsinitiativen angezweifelt, die wir ja selbst in der Satzung als äquivalent zu gewählten Fachschaftsräten anerkennen, und zweitens angezweifelt, dass es Aufgabe der Universität wäre, Beratungen für Studierende und Räume für Fachschaften anzubieten. Es ist fraglich, was als Aufgabe der Universität dann noch übrig bliebe, und ob die Universitätsleitung an einem Gelingen des Studiums an der HU interessiert ist.

Wir als Studierendenschaft sollten selbstbewusst auftreten und unser Engagement an so vielen Orten in der Universität nicht durch Streitereien an der Seitenlinie stören lassen. Es heißt nicht umsonst studentische Selbstverwaltung.